

Aufhebung der Immunität droht

KASACHSTAN sda/fak. Die Immunitätskommission des Nationalrats und die Rechtskommission des Ständerats werden in den kommenden Wochen entscheiden, ob die parlamentarische Immunität der Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder und die des St. Galler FDP-Nationalrats Walter Müller aufgehoben werden. Dies hat die Bundesanwaltschaft (BA) beantragt, nachdem gegen Markwalder und Müller Strafanzeigen eingereicht worden sind. Aufgrund des bisher bekanntesten Sachverhaltes besteht laut der BA hinreichender Verdacht, um eine Strafuntersuchung zu eröffnen. BA-Sprecher André Marty bestätigte gestern auf Anfrage eine entsprechende Meldung der NZZ.

Gegen Markwalder sind vergangenen Mittwoch zwei Strafanzeigen bei der BA eingegangen. Diese stammen laut Marty von Privatpersonen und werfen der Berner Nationalrätin einen ganzen Katalog von möglichen Straftaten vor – von Vorteilsannahme im Amt über Amtsgeheimnisverletzung bis zu politischem Nachrichtendienst für einen fremden Staat. Bereits zuvor hatten die Jusos eine Anzeige gegen Walter Müller eingereicht. Nach Ansicht der Jusos hatte sich der St. Galler Nationalrat bestechen lassen. Müller hatte sich im Mai 2014 zu einer Reise nach Kasachstan einladen lassen.

Sommersession nutzen

Die Bundesanwaltschaft hat die Vorwürfe aus den Strafanzeigen bisher nicht näher abgeklärt, auch wurde bisher kein Strafverfahren eröffnet. Weil die Nationalräte durch die parlamentarische Immunität geschützt sind, kann die BA nur aktiv werden, wenn die zuständigen Kommissionen von National- und Ständerat Müllers und Markwalders Immunität aufheben. Wie Gerhard Pfister, Vizepräsident der Immunitätskommission, auf Anfrage sagt, werde er die am Montag beginnende Sommersession nutzen, um mit den anderen Kommissionsmitgliedern einen Termin für die Beratung zu finden. Pfister ist in dieser Frage verantwortlich, weil Kommissionspräsident Christian Lüscher (FDP) in den Ausstand getreten ist. Der Genfer Anwalt vertritt Viktor Chrapunow, einen Exilkasachen, um den es auch in Markwalders Vorstoss ging.

Weitere Anzeige in Diskussion

Hintergrund der Anzeigen gegen Markwalder ist eine Interpellation, welche sie im Juni 2013 eingereicht hatte. Darin stellte sie dem Bundesrat mehrere Fragen zur Beziehung der Schweiz zu Kasachstan. Die NZZ hatte aufgedeckt, dass nicht Markwalder selbst, sondern die PR-Agentur Burson-Marsteller den Text verfasste – in enger Zusammenarbeit mit Kasachstan. Markwalder steht zudem im Verdacht, Informationen aus der Aussenpolitischen Kommission (APK) des Nationalrats an eine Lobbyistin weitergeleitet und damit das Kommissionsgeheimnis verletzt zu haben. Die APK will über eine allfällige Strafanzeige in diesem Fall diskutieren.



Deshalb lief es für Südafrika rund

11. Juni 2010: Im Stadion von Johannesburg findet die Eröffnungsfeier zur Fussball-WM in Südafrika statt.

EPA/Kerim Okten

FIFA-WM Toll trieben es die Fussball-Funktionäre. Dies jedenfalls behauptet die US-Justiz in ihrer Anklageschrift. Wie aber lief die Korruption in der Praxis ab? Ein Beispiel.

RENZO RUF, WASHINGTON
nachrichten@luzernerzeitung.ch

Zehn Millionen Dollar gaben den Ausschlag. Als sich das Fifa-Exekutivkomitee am 15. Mai 2004 entschied, die Fussball-Weltmeisterschaft 2010 an Südafrika zu vergeben, erhielt der Sieger 14 Stimmen, vier mehr als Konkurrent Marokko. Für Südafrika stimmten unter anderem Jack Warner, Präsident des Concacaf (dem Fifa-Regionalverband für Nord- und Zentralamerika sowie die Karibik), Chuck Blazer (Concacaf-Generalsekretär) und ein bisher ungenannter Funktionär aus Südamerika – obwohl die drei zuvor Sympathien für die Kandidatur der Marokkaner geäußert hatten. Doch die Kassen der Nordafrikaner waren nicht annähernd so gut gefüllt wie diejenigen der Südafrikaner. Marokko bot dem umtriebigen karibischen Fussball-Funktionär Warner bloss 1 Million Dollar für seine Stimme an; das entsprechende Gebot aus Südafrika hingegen belief sich auf 10 Millionen Dollar. Dieses Geld, angeblich aus der südafrikanischen Staatsschatulle stam-

ment, sollte in die Kasse der Caribbean Football Union (CFU) fliessen, als deren Präsident ... Sie ahnen es! ... seit 1983 ein gewisser Jack Warner amtierte. Offiziell war das Geld zur Unterstützung der «afrikanischen Diaspora» in der Karibik vorgesehen, inoffiziell sollte es aber Warner zukommen. – Die Fifa habe angeblich von diesem Deal Kenntnis gehabt, steht in der am Mittwoch in Brooklyn (New York) veröffentlichten Anklageschrift.

Geld floss nicht, Fifa sprang ein

Chuck Blazer, wahrlich kein unbeschriebenes Blatt in Sachen Korruption, erhielt Wind vom krummen Geschäft. Warner versprach seiner Nummer zwei deshalb, er werde ihn mit 1 Million Dollar beteiligen. Doch das Geld floss nicht, auch nach dem knappen Sieg der Südafrikaner über Marokko nicht. In der Anklageschrift heisst es, Blazer habe Warner «regelmässig» gefragt, wo denn seine Belohnung bleibe. Irgendwann liess er sich nicht mehr abspesen und erfuhr die ganze Wahrheit: Die Regierung von Südafrika zeigte sich (aus welchem Grund auch immer) ausser Stande, die 10 Millionen Dollar direkt aus der Staatskasse zu überweisen. In der Folge übernahm deshalb die Fifa die Zügel. Aus dem Hauptsitz in Zürich kam die Zusage, dass der Fussballverband für die «Spende» an die CFU geradestehen und den Betrag mit anstehenden Zahlungen an das Organisationskomitee in Südafrika verrechnen werde. Gesagt, getan: Am 2. Januar 2008,

am 31. Januar 2008 und am 7. März 2008 löste ein (namentlich nicht genannter) hochrangiger Fifa-Funktionär drei Überweisungen von einem Schweizer Fifa-Konto auf ein Konto der Bank of America in New York aus, das von Jack Warner kontrolliert wurde. Umgehend zweigte Warner einen substantiellen Teil dieses Geldes auf persönliche Konten ab, die er bei seinen Hausbanken – der Republic Bank und der First Citizens Bank in seinem Heimatland Trinidad und Tobago – besass. Dabei habe er auch bekannte lokale Unternehmer eingespannt, die das Geld für ihn wuschen.

Check kam mit dem Flieger

Auch Chuck Blazer kam zum Zug. Am 19. Dezember 2008 erhielt er 298 500 Dollar von Warner, die er schnell auf ein Konto auf den Cayman Islands verschob. Die zweite Zahlung an Blazer – in der Höhe von 205 000 Dollar – erfolgte am 27. September 2010. Dieses Geld stammte von einem CFU-Konto, und Blazer zahlte es auf die Merrill Lynch in New York ein. Die dritte Tranche (über 250 000 Dollar) wurde schliesslich unter geradezu konspirativen Umständen überwiesen. Ein (in der Anklageschrift nicht namentlich genannter) Flugpassagier transportierte einen Check über den genannten Betrag von Trinidad und Tobago auf den internationalen Flughafen John F. Kennedy in New York. Dieser Check wurde in der Folge an einen Angestellten der First Caribbean International

Bank übergeben, der eigens aus den Bahamas angereist war. Der Bankangestellte flog umgehend in die Karibik zurück, wo er das Guthaben am 3. Mai 2011 auf ein Konto von Chuck Blazer deponierte.

Vorerst unter Verschluss

Auf die letzte Tranche des versprochenen Schmiergeldes – immerhin noch einmal fast 250 000 Dollar – wartet Blazer übrigens noch heute. Im Herbst 2011 wurde er von Ermittlern der Steuerverwaltung IRS (Internal Revenue Service) und der Bundespolizei FBI dingfest gemacht, weil er mindestens sechs Jahre lang (2005 bis 2010) keine Einkommenssteuern bezahlt hatte. Am 25. November 2013 erklärte er sich in allen zehn Anklagepunkten für schuldig. Jack Warner hingegen weist alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe scharf zurück.

Interessantes Detail am Rande: Die Schmiergeldvorwürfe im Zusammenhang mit der südafrikanischen WM-Bewerbung sind bereits in der 2013 verfassten Anklageschrift gegen Blazer zu finden. Loreta Lynch, damals Staatsanwältin in New York, heute Justizministerin in Washington, entschied sich aber, die Anschuldigungen vorerst unter Verschluss zu halten. Die Anklageschrift aus dem Jahr 2013 wurde erst am Mittwoch publik gemacht.



Den Link zur Anklageschrift der US-Justiz finden Sie auf www.luzernerzeitung.ch/bonus

ANZEIGE

Neue Bundessteuer auf Erbschaften

Bananenrepublik? Nein danke.

Rückwirkend neue Steuern einzuführen ist absurd. Man führt auch keine neue 30er-Zone ein und büsst dann alle, die vorher mit 50 durchgefahren sind.

Am 14. Juni: Erbschaftssteuer **NEIN**
www.erbschaftssteuer-nein.ch

Ein wenig Glamour für die Zürcher SP

WAHLEN 2015 Die SP Zürich nominiert Botschafter Tim Guldemann für den Nationalrat. Er sorgte im Vorfeld für heisse Köpfe.



Tim Guldemann.
EPA/Roland Popp

Die Zürcher SP zieht mit einem prominenten Kopf in den Nationalratswahlkampf. Tim Guldemann, der bis am Freitag in Berlin als Botschafter amtierte, startet auf dem 10. Platz der Wahlliste. Dies haben die Delegierten gestern in Rütli festgelegt. Guldemann, der unter anderem als OSZE-Sonderbeauftragter in der Ukraine im Einsatz stand, hat damit reelle Chancen, einen der sieben Zürcher SP-Sitze zu ergattern. Gelingt es den Genossen sogar, ein Mandat hinzuzugewinnen – wie es ihr erklärtes Ziel ist –, dürfte er ziemlich sicher Teil der Zürcher SP-Crew werden. Er wolle die 750 000 Mitbürger vertreten, die im

Ausland lebten, sagte der 64-Jährige. Ein Grossteil der fünften Schweiz wähle SP. Diese Stimmen wolle er holen. «Dies ist kein dekorativer, sondern ein hoffnungsvoller Platz», sagte Guldemann nach der Nomination. «Ich finde es spannend, einmal etwas zu machen, bei dem man auch auf die Schnauze fallen kann.» Als

Bundesbeamter habe man dazu kaum Gelegenheit. Bereits im Vorfeld der Nomination machte Guldemann klar, dass er zusammen mit seiner Frau, einer «Spiegel»-Journalistin, und den beiden Töchtern in Berlin wohnen bleiben werde. Dies sorgte bei einigen Genossen für Kritik. Die zahlreichen Flüge, welche das Nationalratsmandat mit sich brächten, widersprächen den Umweltsanliegen der Partei, so der Tenor. An der Delegiertenversammlung war dies allerdings kein Thema mehr.

Im Vorfeld desavouiert

Zu reden gab hingegen, ob Gewerkschafterin Julia Gerber Rüegg nominiert werden soll. Sie belegt momentan den ersten Ersatzplatz und hätte an sich nachrücken können, würde die neu gewählte Regierungsrätin Jacqueline Fehr nicht bis im Herbst ein Doppelmandat stemmen. Dennoch sollte sie nach dem Willen der Findungskommission auf der Nationalratsliste keinen Platz erhalten. «Wir wollen bewusst neuen Kräften eine

Chance geben», erklärte Vizeparteipräsident Moritz Spillmann. Gerber Rüegg habe bereits fünfmal für die Grosse Kammer kandidiert. Werde sie ein sechstes Mal aufgestellt, schmalere dies die Aussichten eines anderen Kandidaten.

Gerber Rüegg habe erst 2011 eine reelle Chance gehabt, wendete Sicherheitsdirektor Mario Fehr ein. Die Wädenswilerin wusste dies damals zu nutzen und kämpfte sich drei Plätze nach vorn. Diesen Erfolg hob denn auch ihre Bezirksparterie hervor, die sich mit einem Antrag für die 58-Jährige starkmachte. Der Zuspruch zeigte Wirkung: Mit 85 zu 76 Stimmen entschieden die Delegierten, dass Gerber Rüegg kandidieren soll. Als es dann jedoch um die konkrete Reihenfolge ging, landete sie abgeschlagen auf dem 18. Platz. «Das kann ich nicht nachvollziehen», zeigte sie sich enttäuscht. Sie werde nun in aller Ruhe überlegen, ob sie unter diesen Umständen überhaupt antrete.

EVELINE RUTZ
schweiz@luzernerzeitung.ch